

Was hält die Gesellschaft des ländlichen Raums zusammen?

What keeps rural societies together?

Markus GLATZ-SCHMALLEGGER

Zusammenfassung

Empirische Arbeiten zeigen, dass nachhaltiges Wirtschaftswachstum auch soziale Integration erfordert. Wir erfahren heute, dass Desintegrationstendenzen durch Globalisierung oder Ambivalenzen sozialer Modernisierung radikalisiert werden. Zwei Indikatoren für „Integration“ werden hier untersucht: Gemeinsam geteilte Werte sowie Strukturen gesellschaftlicher Kooperation. Deshalb wird ein bestimmtes Konzept von Zivilgesellschaft diskutiert. Dieses muss Bindungen zwischen ressourcenstarken und -schwachen Gruppen anzielen. Und eine „Staat-Zivilgesellschafts-Synergie“, die als der entscheidende Faktor für nachhaltige Entwicklung identifiziert worden ist. Staatliche Stellen sollten als „Ermöglicher“ einer sozialorganisatorischen Reforminitiative im ländlichen Raum fungieren und sozial eingebettete lokale Ressourcen für Problemlösungen suchen. Der Wertekonsens ist aufgrund der Pluralisierung immer neu herzustellen. Konflikte haben integrierende Wirkung, wenn eine entsprechende Infrastruktur vorhanden ist. Mit einer Staats-Zivilgesellschafts-Synergie kann Heterogenität fruchtbar gemacht werden für eine der hochkomplexen Gesellschaft angemessene Problemlösung.

Schlagnworte: Integration, Werte, Zivilgesellschaft, Konflikt, Nachhaltigkeit

Summary

Empirical evidence shows that sustainable economic growth requires social integration. Nowadays we see that tendencies of disintegration are reinforced by globalisation and the ambivalence of social modernization. Two indicators of integration are discussed here: Common values and structures of social co-operation, as to say: civil society. The concept of civil society must aim for "bridging social capital" and for a "state-civil society-synergy", which has been identified as the crucial factor for sustainable development. "Corporate governance" therefore must facilitate a reform initiative in rural areas to acquire socially embedded conflict solutions. Common values have to be gained through creating infrastructure for conflict solution. A "state-civil society-synergy" can focus heterogeneity to solve the problems of our complex society.

Keywords: integration, values, civil society, conflict, sustainability

1. Ökonomische und soziale Nachhaltigkeit

Die Frage der Entwicklung des ländlichen Raums verlangt nach einem vielseitigen Ansatz. In der öffentlichen Debatte zu diesem Thema dominieren hingegen ökonomische Gesichtspunkte. Gegen eine derartige Einseitigkeit formuliert etwa SEN (2000, 156): „es besteht die Notwendigkeit, die Aufgabe der Regierungen so wie anderer politischer und sozialer Institutionen mit dem Mechanismus der Märkte in ein Gleichgewicht zu bringen“. Auch das Konzept der „umfassenden Entwicklungstheorie“ eines J. Wolfensohn von der Weltbank formuliert, dass jede Auffassung, die den Entwicklungsprozess von einem einzigen Punkt aus – etwa einer vorgängigen „Liberalisierung“ oder eines anderen übergreifenden Prozesses – vorantreiben möchte, abzulehnen sei. Dafür sprechen auch zentrale Aussagen der Katholischen Soziallehre (Sollicitudo rei socialis). Ihr zufolge soll die Wirtschaft nicht nur dem Ziel der wirtschaftlichen Effizienz (sachgerecht) entsprechend handeln, sondern gleichbedeutend sei es, menschengerecht und sozial gerecht zu wirtschaften.

Zudem trifft der hier skizzierte generalisierte Ansatz die Frage des ländlichen Raums besser: Bei der einseitig ökonomisch angelegten

Debatte geraten wichtige Aspekte ländlicher Entwicklung außer Sichtweite. Denn die Frage der Zukunft für den ländlichen Raum ist eingebettet in ein Generalthema, das alle angeht und verschiedene Politikbereiche umfasst: Welche Zukunft, welche Lebensqualität will unsere Gesellschaft? Wollen wir weiterhin die Vielfalt städtischer aber auch ländlicher Kulturen, eine Kleinräumigkeit und Vielfalt, die in der Geschichte Europas geradezu kennzeichnend geworden ist? Wollen wir an nachhaltigen Städten und Dörfern festhalten oder riskieren, dass sich Stadtkerne und ländliche Räume entleeren, und dass zwischen den Zentren lediglich durchraste und leblose Transitregionen übrig bleiben?

Das einem neo-utilitaristischen Ökonomismus gegenläufige Konzept einer integrierten ökonomischen und sozialen Entwicklung ist in der ökonomischen Theorie selbst beheimatet (SEN, 2000 und STIGLITZ, 1998) und beeinflusste wesentlich den Human Development Index der UNO. Diesen Punkt zu vertiefen würde den Rahmen dieses Beitrags sprengen. Es sei aber darauf verwiesen, dass auch zahlreiche empirische Arbeiten (PUTNAM, 1993 und RODRIK, 1999) die These untermauern, dass ökonomische Nachhaltigkeit ebenso soziale Nachhaltigkeit und dass nachhaltiges Wirtschaften auch soziale Integration erfordert. Diese Grundannahme ist eine Voraussetzung für die folgenden Ausführungen.

Die Frage „was hält die Gesellschaft zusammen?“ ist heute mindestens so aktuell wie in den Anfangszeiten der Soziologie. Dies thematisiert etwa Ralf Dahrendorf mit seiner Suche nach gesellschaftlichen „Ligaturen“. Diese Frage erhält neue Brisanz durch die Erfahrung, dass Tendenzen der Desintegration radikalisiert werden, etwa durch ökonomische Globalisierung, durch die Ambivalenzen sozialer Modernisierung oder durch unübersichtliche Folgen von Differenzierung und Individualisierung. Diese Entwicklung lässt sich nicht für den ländlichen Raum auf räumlicher Distanz halten.

Die Vorstellung eines Karl Marx, der ländliche Raum werde im Verlauf der Geschichte ganz durch die Industriegesellschaft transformiert, hat sich glücklicherweise nicht bewahrheitet. Er ist einerseits ein eigenständiger Raumtyp geblieben (natürlich in Interaktionen mit städtischen Zentren zu sehen), der nach wie vor mindestens drei gesamtge-

sellschaftliche Funktionen wahrnimmt: Die Erhaltung und Pflege der natürlichen Lebensgrundlagen, Schaffung ökologischer aber auch sozialer Vielfalt sowie von Solidarität im Nahraum und Schaffung kultureller Werte.

Aber der ländliche Raum ist gefährdet. Insbesondere durch eine bei politisch Verantwortlichen durchaus verbreitete Theorie der Entwicklung, die für den Vorteil im globalen Konkurrenzkampf einseitig auf das Zusammenschließen mehrerer Zentren in Form eines globalen Städtensetzes setzt. Mit dieser Theorie wird das „Land“ strukturell wegdefiniert – einschließlich der sozialen, kulturellen und ökologischen Voraussetzungen, die das Land für unser Wirtschaften bereitstellt. Angesichts dieser strukturellen Entwicklungen erhält die Frage „Was hält die Gesellschaft des ländlichen Raums zusammen?“ besondere Dringlichkeit.

2. Soziale Integration für nachhaltige Entwicklung

Der Begriff der sozialen Integration wird hier nicht reduziert auf Integration von Flüchtlingen, sondern der heutigen sozialwissenschaftlichen Debatte entsprechend als Bemühen um Integration der Gesamtgesellschaft verstanden (CASTELLS, 1997). Insbesondere zwei Indikatoren für „Integration“ werden in diesem Zusammenhang vertieft untersucht: Gemeinsam geteilte Werte sowie Strukturen gesellschaftlicher Kooperation gelten als wichtige Indizes für den Grad an Integration.

Erstens: Eine gängige These ist, dass zu gesellschaftlicher Integration ein Mindestmass an geteilten Werten gehöre. Mit der Rede vom „Wertewandel“ wird oft eine Erosion dieser Wertebasis behauptet. Die entsprechende Forschung (KLAGES, 2001) referiert aber ein differenzierteres Bild. Zentral ist eher die Erfahrung der Pluralisierung von Werten. Es entstehen soziale Gruppen mit unterschiedlichen Wertkoalitionen und es findet eine Ausdifferenzierung in Milieus und verschiedene diese Milieus kennzeichnende Lebensstile (HRADIL, 1997) statt – eine Entwicklung, die sich auch zunehmend auf den ländlichen Raum auswirkt (vgl. HERRENKNECHT, 1992).

Die objektive soziale Lage definiert eben nicht mehr allein, wie das eigene Leben subjektiv bewertet wird. Gesellschaftliche Gruppen unterscheiden sich auch durch den „Geschmack“ oder „Habitus“ (BOUR-

DIEU, 1982), mit dem sie ihre Kapitalressourcen bewerten. Die Position in der Gesellschaft ergibt sich nicht mehr allein aus ökonomischem Kapital, sondern auch aus sozialem und kulturellem Kapital. Es findet also eine gewisse Entkoppelung von objektiver Lage und subjektivem Leben (HRADIL, 1997) statt.

Ein weiterer zentraler Befund der Werteforschung: Richtig ist, dass Selbstentfaltungswerte an Bedeutung gewonnen haben im Gegensatz zu altruistischen oder Pflicht-Werten. Sieht man genauer hin, so zeigt sich, dass eine große Gruppe von Menschen sich aber weiterhin in Anliegen des Gemeinwesens engagieren will. Sie wollen sich damit zugleich selbst entwickeln und ihr Leben durch das Engagement bereichern wissen. Altruismus kann deshalb nicht gegen Selbstentfaltungsinteressen ausgespielt werden. Die Ergebnisse der Werteforschung sind nicht so zu interpretieren, dass sich unsere Gesellschaft vermeintlich selbstbewusster Individuen auflösen müsse, weil eine am Anderen uninteressierte „Vollkasko-Mentalität“ vorherrsche. Vielmehr ist heute ein Mit-Gestaltungswille verbreitet, in dem sowohl Altruismus als auch Selbstentfaltung beheimatet sind.

Die neue Vielfalt von Werten, Lebensstilen und Milieus muss aber aufeinander bezogen werden. Gerade wenn es um Fragen der Verteilung gesellschaftlicher Güter geht, der „common goods“, die von allen genutzt werden. So wird durch die Pluralisierung von Werten auch die Frage nach Strukturen gesellschaftlicher Kooperation – also dem zweiten Indikator für Integration – verschärft. Wie können gesellschaftliche Konflikte um gemeinsame Güter und im Sinne des Gemeinwohls bearbeitet werden?

WIESINGER (2000) arbeitet sehr klar heraus, dass Armut in Österreich in spezieller und beunruhigender Weise den ländlichen Raum trifft ¹. Objektive Ungleichheiten wirken neben Veränderungen in der subjektiven Verarbeitung sozialer Konflikte also auch am Land weiter. Die Frage lautet aber: Wo sind die Orte und Räume auf dem Land, in denen der soziale Konflikt um Armut mit dem Ziel einer nachhaltigen Entwicklung bearbeitet werden kann?

¹ WIESINGER, 2001, 62.

3. Die Bedeutung der Zivilgesellschaft

Die Literatur zu dieser Frage ist spärlich. In mehreren Arbeitskreisen zu Armut im ländlichen Raum wurde die häufige Dominanz einer einzelnen Partei in Landgemeinden neben einigen wenigen und vom Auftrag her eher „unpolitischen“ Organisationen (Musikvereine oder Feuerwehr) als zu dünne soziale und politische Infrastruktur beklagt. Oder es wurde die Dominanz einer Person oder eines einzelnen Unternehmens in Entscheidungsprozessen beklagt. Insgesamt wurde also der Mangel an Räumen zur Konfliktbearbeitung in Landgemeinden und Kleinstädten problematisiert. Aus dieser Erfahrung wird in der Folge das Konzept der Zivilgesellschaft eingeführt. Es gilt, Zivilgesellschaft als einen wichtigen Baustein für nachhaltige Entwicklung im ländlichen Raum zur Diskussion zu stellen.

Freilich muss bei der Diskussion um Zivilgesellschaft im ländlichen Raum zunächst ein historisches Problem angesprochen werden: das Ideal der Zivilgesellschaft war historisch direkt verknüpft mit der städtischen „Bourgeoisie“ und entsprechenden sozialen Gruppen, deren individuellen und ökonomischen Freiheiten gegen einen absolutistischen Staat durch das Konzept der Zivilgesellschaft behauptet wurden. Diese Konnotation der Zivilgesellschaft mit der städtischen Bourgeoisie muss erst allmählich überwunden werden (KEANE, 2001). Dennoch liegen in diesem Konzept, so lautet die These dieses Beitrags, erstaunliche Potentiale für Entwicklung speziell im ländlichen Raum.

Beim Konzept der "Zivilgesellschaft" geht es letztlich um die Humanisierung sozialer Beziehungen und um die zivile Bearbeitung sozialer Konflikte. Als Funktionen zivilgesellschaftlicher Initiativen für nachhaltige Entwicklung können insbesondere folgende benannt werden (GLATZ-SCHMALLEGGGER, 2001 und NOTHELLE-WILDFEUER, 1999):

- Eine problemsensitive Funktion: zivilgesellschaftliche Initiativen machen auf konkrete Armutslagen aufmerksam und aktivieren Einzelne, sich in Anliegen des Gemeinwesens zu engagieren,
- Eine demonstrative Funktion: sie stellen Öffentlichkeit her für überindividuelle Armutursachen, um den Konflikt einer Bearbeitung zuzuführen (gesellschaftliches Frühwarnsystem),
- Eine problemlösende Funktion: durch ihre besondere Kenntnis der lebensweltlichen Situation armutsgefährdeter Menschen und durch

ihren örtlichen und sozialen Bezug können sie sozial eingebettete Problemlösungen entwickeln helfen,

- Eine kontrollierende Funktion: sie können mitwirken, die Auswirkungen politischer Maßnahmen zu überprüfen.

4. Formen zivilgesellschaftlichen Handelns der Kirchen

Mangels empirischer Arbeiten zu diesem Thema in Österreich können hier Forschungsarbeiten nicht zitiert sondern nur angeregt werden. Ein Ziel wissenschaftlicher Arbeiten wäre eine Typologie, mit der städtische von ländlichen Ausprägungs-Formen der Zivilgesellschaft unterschieden werden könnten. Für die Konkretisierung bisheriger Aussagen wird keine Typologie verwendet, sondern ein Beispiel für zivilgesellschaftliches Handeln gewählt, das Relevanz für den ländlichen Raum besitzt². In dieser Arbeit wurden zivilgesellschaftliche Einrichtungen der Kirchen in Österreich empirisch untersucht und es wurde eine Typologie erstellt, die die Fülle verschiedener Organisationsformen kirchlich-zivilgesellschaftlicher Initiativen verdeutlichen kann. Diese können anschaulich machen, wie die oben dargestellten zivilgesellschaftlichen Funktionen für Entwicklung auch im ländlichen Raum aussehen können.

Relevant für den ländlichen Raum sind sie insofern, als gerade die Kirchen, in Österreich insbesondere die katholische Kirche, nicht zuletzt durch die Pfarreien und Wohlfahrtsverbände über eine bedeutende Infrastruktur im ländlichen Raum verfügen. Es lohnt sich daher, auf ihre Handlungsformen genauer zu schauen:

² Es wird in den folgenden Ausführungen GLATZ-SCHMALLEGGER (2001) zugrundegelegt.

Die Typen im Überblick					
Assoziation	Service stelle	Multi	Think tank	Stiftung	Community
Konflikte öffentlich inszenieren	Beschränkt auf Einzelfallhilfen	Viele Leistungsarten kombiniert	Grundlagenarbeit und innerkirchliches Lobbying	Finanzielle Unterstützung für Sozialprojekte	Gemeinwesenarbeit (Bezirk, Hausgemeinschaft)
Finanziell unabhängig und prekär	Stark von öffentlichen Stellen abhängig	Abhängig von öffentl. Stellen plus Finanzmanagement	Finanziert von Kirchenleitung	Finanziert von Kirchenleitung, Kapitalanlagen	Mitgliederfinanziert
Flacher und flexibler Aufbau	Hierarchischer Aufbau	profess. Geschäftsführung Einbindung in Kirche	Hierarchischer Aufbau	Hierarch. Aufbau, Freiräume durch Vernetzung	Teamstruktur 3

Abb. 1: Typen kirchlich-zivilgesellschaftlichen Handelns nach Leistungsarten

Es finden sich also auch in den Kirchen neue, im engen Sinn zivilgesellschaftliche Organisationsformen. Als Assoziationen inszenieren sie soziale Konflikte pointiert und finanziell unabhängig und bringen sie auf die Agenda der öffentlichen Debatten. Als Servicestelle agieren sie am Markt der Dienstleister in der Einzelfallhilfe eher weniger „politisch“. Als „Community-Typ“ wirken sie in Gemeinwesen, zum Beispiel in einem Bezirk oder einem Integrationshaus, in dem Angehörige der Mittelschicht und Angehörige von Randgruppen zusammenleben. Als Multi-Typ versuchen sie mithilfe einer professionellen Geschäftsführung mehrere Leistungsarten zu kombinieren, sowohl Dienste zu leisten, als auch politisch zu argumentieren. Als Think tank versuchen sie Grundlagenreflexion zu organisieren, die in konkrete Problemlösungen Eingang finden kann. Strukturelle Armutsbekämpfung ist ein finanziell schwach ausgestattetes Feld. Stiftungen legen daher Geld am Kapitalmarkt an und helfen konkreten Sozialprojekten bei der Startfinanzierung.

Die Kirchen ebenso wie andere zivilgesellschaftliche Organisationen agieren damit in einer Sphäre zwischen Einzelnen, Staat und Markt. Zivilgesellschaft wird so auf einer ersten, abstrakten Ebene auch als „intermediäre Instanz“ beschreibbar: Gleichzeitig sind sie deshalb nicht „unpolitisch“ oder außerhalb des Marktes (ANHEIER, 1998). Die-

sen Zwischenraum charakterisieren vielmehr geradezu seine vielfachen Interaktionen mit Einzelnen, Staat und Markt.

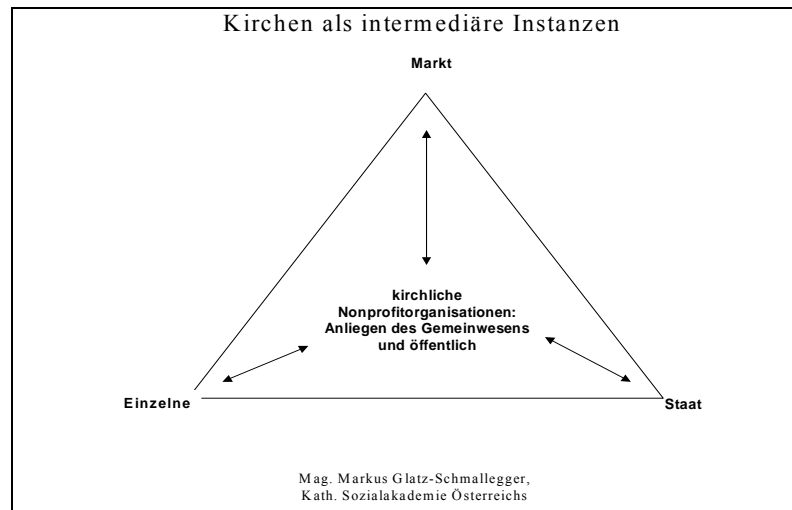


Abb. 2: Kirchen als intermediäre Instanzen.

Die untersuchten zivilgesellschaftlichen Organisationen aktivieren Einzelne für Engagement in Anliegen des politischen Gemeinwesens. Sie artikulieren Forderungen für politische Maßnahmen zur Armutsbekämpfung gegenüber staatlichen Stellen. Sie müssen als Anbieter von Dienstleistungen oder auch im Gegenüber zu konkurrierenden gut organisierten Interessen Marktmechanismen beachten, um ihr Handeln auf Dauer halten zu können, ohne wirtschaftlichen Zwängen zu erliegen. Dies um nur einige der vielen Interaktionen der zivilgesellschaftlichen Organisationen mit Einzelnen, Markt und Staat zu skizzieren.

5. Gruppenübergreifende Bindungen

Gefragt werden muss aber auf einer zweiten, konkreteren Ebene sehr genau, was unter der als Modebegriff oft unscharf verwendeten „Zivilgesellschaft“ genau verstanden wird. Zentral ist: Es darf nicht nur viel „Sozialkapital“ innerhalb einzelner Gruppen angezielt werden ("bonding capital" entsprechend dem Putnam-Modell das auf Ingroups abzielt), sondern es muss insbesondere auf "bridging capital" geachtet wer-

den, also auf gruppenübergreifende Bindungen (GRANOVETTER und 1992; NARAYAN, 1999) zwischen ressourcenstarken und schwachen Gruppen. Sonst wird das Ziel der nachhaltigen sozialen Kohäsion nicht erreicht, Konflikte zwischen starken und schwachen Gruppen wirken latent weiter. Solche gruppenübergreifenden Bindungen sind auch deshalb von besonderer Bedeutung, weil in modernen liberalen Demokratien im Unterschied zur Säulengesellschaft vergangener Tage ein Minimum an Vertrauen zu anderen als der eigenen Gruppe essenziell ist.

Zurück zum Beispiel der kirchlich-zivilgesellschaftlichen Einrichtungen: Gerade in diesem Feld scheinen Kirchen strukturell geeignet. Ihre Mitglieder sind nicht a priori nach Herkunft oder Schicht strukturiert, sondern können aus den verschiedensten Gruppen kommen. Gruppenübergreifende Bindungen sind daher möglich. Zudem sehen sich Kirchen nach ihren sozialen Traditionen in besonderer Weise dem Gemeinwohl verpflichtet. Sie betreiben nicht nur die Vertretung ihrer eigenen Interessen, sondern sollten gruppenübergreifende Bindungen aus ihrer „Option für die Armen“ (ROSSLÄNDER, 1993) oder ihrer Verantwortung für die Menschenrechte heraus aktiv gestalten.

Freilich ist hier großer Handlungsbedarf festzustellen. Das Bewusstsein dieser zivilgesellschaftlichen Funktionen scheint in den Kirchen nicht sehr ausgeprägt und oft wird beispielsweise geklagt, dass „Arme“ im Leben der Gemeinden oder kirchlichen Organisationen nicht vorkommen. Es herrscht in den Kirchen mancherorts eine Komm-her-Mentalität vor, anstatt neue Geh-hin-Strukturen aufzubauen, die konkreten Lebenswelten verschiedener Gruppen selbst aufzusuchen. Das ändert nichts an der Vielfalt unterschiedlicher Aktionsformen und Anstrengungen der Kirchen in diesem Feld und am grundsätzlichen Potenzial, das den Kirchen für die Schaffung gruppenübergreifender Bindungen zukommt:

„Zivilgesellschaftliche“ Potentiale der Kirchen

- Lebensweltliches Wissen organisieren: durch ihren Kontakt mit Betroffenen wissen solche Organisationen, die mit den von Armut Betroffenen Armut um die konkreten Notlagen und die Gesichter von Armut. Dieses lebensweltliche Wissen ist von Bedeutung für Problemlösungen.

- Sprachrohre in Öffentlichkeit und Politik für Anliegen Benachteiligter schaffen: Kirchen haben solche Sprachrohre und Know how im Umgang mit Medien. Sie können diese Ressourcen für die Anliegen Benachteiligter einsetzen.
- Foren für ethische Debatten bilden: Öffentliche Debatten wie die um die Zukunft des Sozialstaats gehören durch ethische Aspekte angereichert. Es genügt nicht, auf scheinbare „Sachzwänge“ zu reagieren, sondern in politischen Konzepten gehört auch bspw. die Frage diskutiert, wie wir als Gesellschaft leben wollen und was die Würde der Menschen verlangt.
- „Dichte“ Begründungen für Engagement: Aus Schrift und Tradition haben die Kirchen soziale Wirklichkeit gemeinschaftlich interpretieren gelernt.
- Nicht-monetäre Motivation vieler Mitglieder: Diese Motivationskraft ist sichtbar in einer Großzahl ehrenamtlich Engagierter. Die Kirchen haben aus ihrer Interpretation der Wirklichkeit Aufträge zum Handeln ihrer Mitglieder abgeleitet, ohne dass finanzielle Anreize zum Engagement vonnöten wären.

6. Staats-Zivilgesellschafts-Synergie

Weiters halte ich ein Konzept für wichtig, das Zivilgesellschaft in ihrem Verhältnis und ihren Interaktionen mit lokalen und zentralen staatlichen Institutionen reflektiert (vgl. ANHEIER, 1998). Dieses Verhältnis kann mit NARAYAN (1999) entweder als eines der Komplementarität zwischen staatlichen und zivilgesellschaftlichen Organisationen beschrieben werden oder als eines der Substitution. Im ersten Falle gibt es Strukturen der Zusammenarbeit, in denen die Potentiale beider Seiten optimal genutzt werden. Im zweiten Falle werden zivilgesellschaftliche Einrichtungen etwa im Sozialbereich überfordert, weil sie ohne entsprechende Ausstattung Leistungen erbringen müssen, die eigentlich staatliche Aufgaben sind. Auf diese Art können die strukturellen Probleme nicht nachhaltig gelöst werden.

Crook (2001, 5) etwa spricht von einem „Janus-Gesicht“ der Zivilgesellschaft: Die Dichte und Vielfalt zivilgesellschaftlicher Gruppen spiegelt nicht nur plurale Machtquellen wider sondern auch die gesellschaftliche Ungleichheit. Die Zivilgesellschaft ist ein sehr heterogenes

Gebilde unterschiedlich stark mit Ressourcen ausgestatteter Interessenvertretungen. Es gibt keine Verfahren des Ausgleichs zwischen starken und schwachen Gruppen und keine politische Legitimation im Unterschied zum formalen politischen System. Es gibt in der Zivilgesellschaft kein eingeschriebenes Gesetz einer Tendenz zum Equilibrium, der Konflikt ist vielmehr hier eingeschrieben!

Jedes demokratische System befindet sich in der dauernden Spannung zwischen formaler Gleichheit der politischen Sphäre und der aktuellen Ungleichheit der Gesellschaft. Die Mobilisierung der zivilgesellschaftlichen Organisationen kann daher die Macht von Gruppen mit hohem Status fördern und die Polarisierung entlang der gesellschaftlichen Konflikte noch verstärken.

Dieses Janus-Gesicht der Zivilgesellschaft ist immer mitzubedenken. Empirische Arbeiten der Vertreter einer Konzeption von Zivilgesellschaft, die dieser Forderung nachzukommen versucht (CROOK, 2001; HARRISS, 2000 und EVANS, 1995) zeigen, dass im Vergleich mehrerer Länder als der entscheidende Faktor für nachhaltige Entwicklung eine „Staat-Zivilgesellschafts-Synergie“ identifiziert worden ist. Lokale Gruppen brauchen ein über sie hinausgehendes Netz aus Werten und Interaktionen, Verbindungen mit externen Institutionen und Gruppen.

Eine Konsequenz für uns in Österreich ist das Bemühen um reflexive und responsible staatliche Strukturen. Sie sollten um die unverzichtbaren Potentiale und Funktionen zivilgesellschaftlicher Einrichtungen wissen, wie sei oben dargelegt wurden. Staatliche Stellen sollten diese Potentiale nutzen und Kontakte suchen. Die jeweils eigenen Potentiale sollten durch eine reflektierte Zusammenarbeit genutzt werden.

Dies zeigt auch der in dieser Hinsicht beispielhafte langjährige Prozess zur Förderung „bürgerschaftlichen Engagements“ des Landes Baden-Württemberg auf. In diesem Prozess werden Erfahrungen im Dialog zwischen staatlichen und zivilgesellschaftlichen Initiativen wissenschaftlich reflektiert³. Es werden aber auch konkrete Projekte für derartige responsible staatliche Strukturen sowie Kooperationsformen mit zivilge-

³ Siehe SOZIALMINISTERIUM BADEN-WÜRTTEMBERG (HRSG.), Schriftenreihe Bürgerschaftliches Engagement, Stuttgart.

sellschaftlichen Einrichtungen umgesetzt. Allerdings werden hier spezielle Gegebenheiten des ländlichen Raums kaum berücksichtigt.

Eine weitere Konsequenz ist, dass sich staatliche Stellen in Österreich als „Ermöglicher“ und „Förderer“ einer sozialorganisatorischen Reforminitiative im ländlichen Raum weiter bemühen müssen. Zivilgesellschaftliche Einrichtungen sollen unterstützt werden, ihre sozial eingebetteten und lokalen Ressourcen zu mobilisieren und wirklichkeitsnahe Lösungen anzustoßen.

Der Begriff der „Staats-Zivilgesellschafts-Synergie“ bringt anhand empirischer Erfahrungen zum Ausdruck, was auch die Verschränkung von Subsidiaritäts- und Solidaritätsprinzip in der Katholischen Soziallehre meint. Für die Zuordnung der drei Ebenen der Solidarität – Einzelne, Gemeinschaft/Zivilgesellschaft, Staat – im Lichte des Gemeinwohls gilt prinzipiell auch, dass die übergeordnete Ebene der je untergeordneten dienen soll. Das wird überall dort übersehen, wo die beliebte Rede von der Subsidiarität oder Bürgergesellschaft als Hauptziel eine Abschlankung des Staates verfolgt.

7. Werte im Konflikt

Integrationswissenschaftler betrachten den Konflikt als wichtigen gesellschaftlichen Modus angesichts der komplexen Lebenswirklichkeit (SANDER und HEITMEYER, 1997). Auch aus diesem Grund ist Zivilgesellschaft wichtig, weil in ihr der Umgang mit Konflikten durch Einzelne erprobt werden kann. Der Wertekonsens als Grundlage für Integration und soziale Kohäsion und damit als Grundlage für ökonomische Nachhaltigkeit ist aufgrund der Pluralisierung von Werten immer wieder neu herzustellen. Konflikte haben aber eine integrierende Wirkung, wenn eine entsprechende Infrastruktur vorhanden ist, wie auch ein Fundus an allgemein akzeptierten Regeln zu ihrer fairen Austragung. Diese Regeln werden wiederum im Zuge der Konfliktbearbeitung internalisiert. Im Rahmen einer Staats-Zivilgesellschafts-Synergie kann Heterogenität fruchtbar gemacht werden für eine gemeinsame und einer modernen hochkomplexen Gesellschaft angemessene Problemlösung.

Es braucht Orte und Verfahren ziviler Konfliktbearbeitung. In diesen Konflikten entstehen und verfestigen sich Werte. Gefragt für Integrati-

on ist heute eine neue zivilgesellschaftliche Beweglichkeit. Leider gibt es zu zivilgesellschaftlichem Handeln für den ländlichen Raum und für nachhaltige Entwicklung des ländlichen Raums speziell noch keine empirischen Arbeiten für Österreich. Daher soll am Ende der Ausführungen noch einmal die Anregung stehen, die Forschung in diesem Feld zu aktivieren und nach Möglichkeit eigene Ressourcen für diese Fragestellung und eine entsprechende Praxis einzusetzen.

Literaturverzeichnis

- ANHEIER, H.K. (1998): Der Dritte Sektor und der Staat. In: STRACHWITZ, R. GRAF v. (Hrsg.): Dritter Sektor - Dritte Kraft, Versuch einer Standortbestimmung. Düsseldorf Raabe: S. 351-368.
- BOURDIEU, P. (1982): Die feinen Unterschiede. Frankfurt/Main: Suhrkamp
- CASTELLS, M. (1997). The Information Age: Economy, Society and Culture Vol.II: The Power of Identity. Blackwell Publishers, Malden MA. Oxford UK.
- CROOK, R. (2001): Strengthening democratic governance in conflict torn societies: civic organisations, democratic effectiveness and political conflict. In: Institute of Development Studies Working Papers. No. 129, Brighton.
- EVANS, P. (1995): Embedded Autonomy: States and Industrial Transformation. Princeton University Press, Princeton.
- GLATZ-SCHMALLEGGER, M. (2001): Neue Praxis der Kirchen in der Zivilgesellschaft Österreichs? Untersucht am Beispiel aktueller Initiativen für strukturelle Armutsbekämpfung. Österreichische Forschungsgemeinschaft, Wien.
- GRANOVETTER, M. (1992). Economic Action and Social Structure: The Problem of Embeddedness. In GRANOVETTER and SWEDBERG (eds). The Sociology of Economic Life. Boulder: Westview Press.
- HARRISS, John. (2000). How Much Difference Does Politics Make? Regime Differences Across Indian States and Rural Poverty Reduction. Development Studies Institute, London School of Economics. Destin Working Paper No. 00-01, London.
- HERRENKNECHT, A. (1992): Die Menschen als zentrale Kulturträger im ländlichen Raum. In: AUTONOME PROVINZ BOZEN, Assessorat für Unterricht und Kultur für die deutsche und ladinische Volksgruppe. Bozen, S. 103-115.
- HRADIL, S. (1997): Soziale Ungleichheiten, Milieus und Lebensstile in den Ländern der Europäischen Union. In: HRADIL, S. und IMMERFALL, S. (Hrsg.) (1977): Die Westeuropäischen Gesellschaften im Vergleich. Opladen.
- KEANE, J. (2001): Ethics beyond Borders. Symposium: „Zivilgesellschaft zwischen Liberalismus und Kommunitarismus“, Österreichische Forschungsgemeinschaft, Wien, 30 November - 1 December 2001.

- KLAGES, H. (2001): Mehr Selbstentfaltung bedeutet auch ein verstärktes Engagement, Wertewandel und bürgerschaftliches Engagement am Anfang des 21. Jahrhunderts. *Das Parlament*, 32/33.
- NARAYAN, D. (1999): *Bonds and Bridges: Social Capital and Poverty*. <http://www.worldbank.com>, New York.
- NOTHELLE-WILDFEUER, U. (1999): *Soziale Gerechtigkeit und Zivilgesellschaft*. Schöningh: Paderborn.
- PUTNAM, R. (1993): *Making Democracy Work: Civic Traditions in Modern Italy*. Princeton: Princeton University Press.
- Rodrik, D. (1999): Where Did All the Growth Go? ". *Journal of Economic Growth*, December 1999.
- ROTLÄNDER, P. (1993): „Ethik der Solidarität im Spannungsfeld von Postmoderne und Kommunitarismus“. In: HAUSMANNINGER, TH. (1993): *Christliche Sozialethik zwischen Moderne und Postmoderne*. Schöningh: Paderborn. S. 225-245.
- SANDER, U. und HEITMEYER, W. (1997): Was leisten Integrationsmodi? Eine vergleichende Analyse unter konflikttheoretischen Gesichtspunkten. In: HEITMEYER, W. (1997) *Was hält die Gesellschaft zusammen?*. Frankfurt a.M: Suhrkamp, S. 447-482.
- SOZIALMINISTERIUM BADEN-WÜRTTEMBERG (Hrsg.) (s.a.): *Schriftenreihe Bürgerschaftliches Engagement*. Stuttgart.
- SEN, A. (2000): *Ökonomie für den Menschen*. München/Wien: Carl H. Hanser Verlag.
- STIGLITZ, J. E. (1998): „An Agenda for Development in the Twenty-First Century“. In: PLESKOVI, B./STIGLITZ, J.E. *Annual World Bank Conference on Development Economics 1997*, Washington D.C.
- WIESINGER, G. (2000): „Die vielen Gesichter der Armut im ländlichen Raum. Eine Situationsanalyse zur ländlichen Armut in Österreich“. *Schriftenreihe „Forschungsberichte der Bundesanstalt für Bergbauernfragen“*, No. 46, Wien: Eigenverlag.

Anschrift des Verfassers:

Mag. Markus Glatz-Schmallegger
Katholische Sozialakademie Österreichs
Schottenring 35 DG, 1010 Wien
Tel.: 0043/1/3105158, Fax: 0043/1/3106828
e-mail: markus.glatz@ksoe.at